

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 828

Mittwoch, 30. April 2025

32. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Luis Pacheco, Vizeminister im Bergbauministerium und indigener Aktivist, festgenommen.....	1
Weitere indigene Aktive im Visier der MP.....	2
Wer ist Richter Mario Rodrigo Flores, Leiter des Verfahrens gegen den Vizeminister Luis Pacheco?.....	3
„Indigene Autoritäten wegen Terrorismus zu verklagen, ist Staatsterrorismus“, sagt der Rat der Mayavölker.....	3
Autoritäten der 49 Kantone antworten der Staatsanwaltschaft: „Das Volk wird sich erheben!“.....	3
Präsident Bernardo Arévalo fordert den Kongress auf, endlich gegen Consuelo Porras und ihre MP vorzugehen.....	4
Fraktionsvorsitzende reagieren auf den Vorschlag von Arévalo zur Reform des Staatsanwaltschaft-Gesetzes.....	4
CSJ lehnt Antrag der MP ab, gegen Blanca Alfaro wegen zweier Straftaten zu ermitteln.....	5
Drei Tage Staatstrauer für verstorbenen Papst Franziskus in Guatemala-Stadt.....	6

Luis Pacheco, Vizeminister im Bergbauministerium und indigener Aktivist, festgenommen

Guatemala, 23. April - Die Staatsanwaltschaft (MP) hat zusammen mit der Nationalen Zivilpolizei (PNC) Luis Haroldo Pacheco Gutiérrez, den ehemaligen Präsidenten der 48 Kantone von Totonicapán und derzeitigen Vizeminister für nachhaltige Entwicklung des Ministeriums für Energie und Bergbau (MEM), festgenommen.

Obwohl die MP als Institution die Festnahme von Pacheco nicht auf ihren Social Media-Accounts veröffentlicht hat, haben verschiedene Accounts über die Aktionen der Generalstaatsanwaltschaft berichtet, wie sie es des Öfteren tun.

Heute Morgen führte die Staatsanwaltschaft zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität eine Razzia im Haus von Pacheco durch. Bislang haben die Behörden keine weiteren Einzelheiten über die Gründe für die Verhaftung des MEM-Vizeministers bekannt gegeben.

CALDH-Anwalt Francisco Vivar begab sich zu dem Ort, an dem Pacheco festgehalten wurde, um sich über seine Situation zu informieren, da nicht bekannt sei, wie es ihm gehe, sagte er. Er fügte hinzu, dass auch Anwalt*innen des Vizeministeriums anwesend gewesen seien.

„Heute wird ein grosser Tag.“

Bereits vor dem Zeitpunkt, an dem die Nachricht von der Verhaftung von Pacheco Gutiérrez öffentlich wurde, schrieb der Generalsekretär der MP, Ángel Pineda, auf seinem X-Account den Satz "Heute wird ein grosser Tag. Ein gesegneter Mittwoch für alle". Diese Nachricht wurde vom User „Lord Vader“ aufgegriffen, der dem Zitat von Pineda die Worte „Die Justiz-Lady fragt nicht um Erlaubnis, sie hat ein scharfes Schwert, das ohne zu zittern schneidet“ hinzufügte. Der User „Yes, Master“ verkündete dann die Gefangennahme als „Wieder flog der Falke und der Falke griff zu“ und fügte hinzu, dass die Gefangennahme Pachecos seine Führungsrolle bei den Blockaden im Jahr 2023 symbolisiere.

Am 22. August 2024 ernannte der Minister für Energie und Bergbau, Víctor Hugo Ventura Ruíz, den ehemaligen Präsidenten der 48 Kantone von Totonicapán zum neuen Vizeminister für nachhaltige Entwicklung des Ministeriums für Energie und Bergbau (MEM). [*Laut Jurist und Menschenrechtsaktivist Miguel Mörth geniessen Vizeminister*innen übrigens keine Immunität, d. Red.*]

Wer ist Luis Pacheco?

Pacheco ist ein Maya K'iche' aus dem Kanton Juchanep. Dort war er auch Bürgermeister und Vorsitzender des Strassenausschusses. Seine Karriere wurde von seiner Gemeinde unterstützt (Prensa Comunitaria).

Pacheco war im Jahr 2023 Präsident des Verwaltungsrats der 48 Kantone von Totonicapán. In dieser Funktion leitete er die Proteste und Blockaden von 2023 gegen den von der Generalstaatsanwältin María Consuelo Porras inszenierten

Staatsstreichversuch, dem sich Tausende guatemalteckischer Bürger*innen anschlossen. Die Proteste forderten den Rücktritt von Porras sowie die Anerkennung der Ergebnisse der Parlamentswahlen von 2023, aus denen Präsident Bernardo Arévalo als Sieger hervorging.

Pacheco hat einen Bachelor-Abschluss in Rechts- und Sozialwissenschaften und ist Rechtsanwalt und Notar am Universitätszentrum West der Universidad de San Carlos de Guatemala. Bei seiner Ernennung zum stellvertretenden Minister im MEM wies das Ministerium darauf hin, dass Pacheco als Redner zum Thema friedliche Demonstrationen und Dialog mit den Völkern bei den Vereinten Nationen in Genf (Schweiz) und beim 22. ständigen Forum für indigene Fragen am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York (Vereinigte Staaten) teilgenommen hat. (La Hora)

Die Verlegung Pachecos in den Gerichtsturm war ungewöhnlich. Er wurde zusammen mit Héctor Chaclán (*er war ebenfalls bei den 48 Kantonen aktiv, d. Red.*) mehr als vier Stunden lang in einem Haus in Zone 1 festgehalten, ohne dass ihre Anwält*innen zu ihnen vorgelassen wurden. Anschliessend wurde er in einem weissen Kastenwagen ohne offiziellen Ausweis des PNC oder der Staatsanwaltschaft überführt.

Die Überführung in diesem Fahrzeug rief mehrere Reaktionen in den sozialen Netzwerken hervor, die vom Innenministerium Erklärungen dafür verlangten, dass es eine Überführung in einem Fahrzeug zuliess, das an das Fahrzeug des Staatsschutzes erinnerte, die während der gewalttätigsten Phase des internen bewaffneten Konflikts für die Verhaftung, das Verschwindenlassen und die Ermordung von Bürger*innen verantwortlich war.

„Das Auto gehört der PNC und wurde benutzt, um die Überführung der Person so diskret wie möglich zu gestalten“, sagte Innenminister Francisco Jiménez.

Bei seiner Ankunft in der Haftanstalt zeigte sich Luis Pacheco ruhig und gefasst und gab an, dass er keine illegale Handlung begangen habe. „Ich weiss nicht, welches Verbrechen man mir vorwirft, ich denke, es gibt auch andere Leute, die verhaftet wurden. Ich bin überrascht, aber ich habe, wie gesagt, ein reines Gewissen, denn ich habe zu keinem Zeitpunkt etwas Illegales getan. Aber wir sind hier, um uns vor Gericht zu verantworten, und ich hoffe, dass es Gerechtigkeit gibt. Als Gemeindevorsteher üben wir nur eine Funktion aus, die uns von der Gemeinde übertragen wurde, und zwar nicht in persönlicher Eigenschaft. Es ist eine kollektive Funktion, und seit ich das Amt abgegeben habe, bin ich keine indigene Autorität mehr“, sagte er. (Prensa Comunitaria)

Weitere indigene Aktive im Visier der MP

Die MP hat ein neues Ermittlungsverfahren gegen Personen eingeleitet, die sich kritisch über die Arbeitsweise ihrer Leiterin, Maria Consuelo Porras, geäussert haben. Und die durch friedliche Demonstrationen im Oktober 2023 ihren Rücktritt gefordert haben, nachdem sie versucht hatte, die Ergebnisse der Parlamentswahlen desselben Jahres zu annullieren. Der Fall überrascht nicht in seiner Begründung, sondern wegen seiner Methode: Die Ermittlungen werden unter dem Schleier des Justizgeheimnisses geführt, ein Mechanismus, der in den letzten Jahren dazu diente, die Intransparenz in Prozessen zu rechtfertigen, in denen die Verteidigung der Angeklagten im Nachteil ist. Während die Staatsanwaltschaft zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität den Fall noch bearbeitet, ohne konkrete Fakten offenzulegen, wird bereits mit der Vollstreckung der Haftbefehle begonnen.

Generalstaatsanwältin Consuelo Porras war bei der kurzen Pressekonferenz nach den Razzien nicht zugegen. Stattdessen war ihre rechte Hand, Ángel Pineda, Generalsekretär der MP anwesend, ebenso wie der regionale Staatsanwalt Dimas Jiménez und Klayber Sical, Leiter der mit dem Fall betrauten Ermittlungseinheit. Unter dem Schutz des Amtsgeheimnisses bestätigten die Behörden, dass fünf Haftbefehle ausgestellt wurden, von denen jedoch nur zwei vollstreckt wurden: der gegen Luis Pacheco und der gegen Héctor Chaclán, ebenfalls Mitglied der 48 Kantone von Totonicapán. „In einer Operation, bei der die Festnahme von fünf Personen angestrebt wurde, ist es uns gelungen, zwei von ihnen festzunehmen. Ich möchte darauf hinweisen, dass diese Personen bereits dem Haftgericht überstellt wurden. Ich erwähne das Thema oder den Fall, weil er unter gerichtlichem Vorbehalt steht (...). Die Staatsanwaltschaft gegen das Organisierte Verbrechen erhielt eine Anzeige, in der gewalttätige Handlungen festgestellt wurden, die die Sicherheit und den Rechtsstaat des Landes beeinflussten“, bekräftigte der Staatsanwalt Sical.

Luis Pacheco und Héctor Chaclán werden der Verbrechen der Volksverhetzung, der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, des Terrorismus sowie der Behinderung der Justiz beschuldigt. „Es gibt Ermittlungsmethoden, die die Staatsanwaltschaft zu der Annahme veranlassen, dass sie für diese Taten verantwortlich sind“, fügte Sical hinzu, der auch darauf hinwies, dass hier „keine bestimmte Gruppe oder das Recht auf freie Meinungsäusserung kriminalisiert wird“.

Darüber hinaus berichteten die MP-Vertreter*innen, dass sie versuchen würden, die Immunität des Gouverneurs von Sololá, Edgar Tuy, aufzuheben, der ebenfalls zu den indigenen Autoritäten gehörte, die während des nationalen Streiks von 2023 in Erscheinung traten. Tuy trat sein Amt am 29. April 2024 an. Zuvor war er Verwalter der indigenen Gemeinde von Sololá. Sein Werdegang im sozialen Kampf war ausschlaggebend für seine Ernennung zum Gouverneur des Departements. Er versprach bei Amtsantritt, die Verwendung der öffentlichen Mittel zu überwachen und die Korruption zu bekämpfen. (Prensa Comunitaria)

Wer ist Richter Mario Rodrigo Flores, Leiter des Verfahrens gegen den Vizeminister Luis Pacheco?

Guatemala, 24. April - Mario Rodrigo Flores Maldonado, Richter des Vierten Strafgerichts des Departements Guatemala, ist der Leiter des Verfahrens im Fall der Proteste 2023, in dem Héctor Chacón und Luis Pacheco festgenommen wurden. Nach Angaben von Guatemala Visible verfügt der 44-jährige Richter Flores Maldonado über Erfahrungen auf verschiedenen Ebenen des Justizsystems des Landes.

Sein beruflicher Werdegang

In seiner richterlichen Laufbahn hatte Flores verschiedene Ämter inne. Er begann als Friedensrichter in El Progreso und in der Gemeinde Huite, Zacapa. 2022 war er Friedensrichter am Ersten Friedensstrafgericht der Gemeinde Guatemala, ein Amt, das er vom 23. Mai bis zum 31. Juli innehatte. Im selben Jahr wurde er zum Richter der ersten Instanz des Vierten Strafgerichts für Drogenhandel und Umweltverbrechen des Departements Guatemala ernannt, ein Amt, das er bis 2024 innehatte. Im Jahr 2024 kandidierte er sowohl für den Obersten Gerichtshof (CSJ) als auch für das Berufungsgericht, erreichte jedoch nicht die erforderliche Punktzahl, um berücksichtigt zu werden.

Anhörung verschoben

Laut Prensa Libre wurde die Anhörung in Abwesenheit der Staatsanwaltschaft (MP) (*und wegen dieser Abwesenheit?*, d. Red.) ausgesetzt. Die Verhandlung war für Donnerstag, den 24. April, angesetzt, wurde aber auf den kommenden Freitag vor dem Dienstgericht verschoben, ohne dass bisher ein Zeitplan festgelegt wurde, wie offizielle Quellen verlauten liessen. Laut La Hora habe das Gericht keine Pläne gehabt, die Anhörung der ersten Aussage der Inhaftierten durchzuführen. Es beruft sich dabei auf eine Entscheidung des CSJ über Verfahrensfragen aus dem Jahr 2020. Beide Inhaftierten werden weiterhin in den Gefängnissen des Torre de Tribunales festgehalten.

„Indigene Autoritäten wegen Terrorismus zu verklagen, ist Staatsterrorismus“, sagt der Rat der Mayavölker

Guatemala, 23. April - Der Rat der Maya-Völker (CPO) forderte in einem Kommuniqué die sofortige Freilassung von Luis Pacheco, derzeitiger Vizeminister für nachhaltige Entwicklung und ehemaliger Präsident der 48 Kantone von Totonicapán, sowie ein Ende der Verfolgung indigener sozialer Führer*innen. Ihm wird u.a. Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Terrorismus vorgeworfen.

Vor diesem Hintergrund bekräftigte der Rat, dass die Beschuldigung eines indigenen Anführers des Terrorismus „Staatsterrorismus“ sei, da seine Festnahme wegen diesem Verbrechen ein Akt der politischen Repression und ein direkter Angriff auf die Organisation der indigenen Völker ist. Nach Ansicht des Maya-Rates ist das Vorgehen der MP ein „perverser“ Gebrauch der Justiz, um die Würde und den Widerstand der kollektiven Rechte zu bestrafen. „Wo waren die Haftbefehle, als sie unser Land gestohlen haben? Wo sind die Anklagen wegen Terrorismus gegen diejenigen, die Ressourcen geplündert, Wahlen manipuliert und den Drogenhandel vor der Macht geschützt haben?“, hiess es in der Erklärung.

Die CPO bekräftigte in dem Dokument auch, dass die Terrorismusvorwürfe gegen Pacheco eine staatliche Terrorstrategie seien, um Angst zu säen und die Volksorganisation zu schwächen: „Dieses juristische Vorgehen ist eine Botschaft an alle Menschen, die kämpfen. Sie wollen uns sagen, dass es ein Verbrechen ist, die Stimme zu erheben“, dass „Organisation eine Bedrohung ist“ und „dass die Vision eines plurinationalen Guatemalas Subversion ist.“

Autoritäten der 49 Kantone antworten der Staatsanwaltschaft: „Das Volk wird sich erheben!“

Die Autoritäten der 48 Kantone von Totonicapán verurteilten am Mittwoch das Vorgehen der Staatsanwaltschaft (MP) unter der Leitung von Consuelo Porras, die die Verhaftung der ehemaligen Führungskräfte der 48 Kantone koordiniert hat. Die MP wirft ihnen verschiedene Straftaten vor, darunter Volksverhetzung und Terrorismus, weil sie am nationalen Streik und den friedlichen Demonstrationen zur Verteidigung der Demokratie im Jahr 2023 teilgenommen haben. (...)

Auf einer Pressekonferenz, die der Vorstand der 48 Kantone am Sitz der Ombudsstelle für Menschenrechte (PDH) in Totonicapán abhielt, erklärte der derzeitige Präsident Juan Pablo Ajpacajá, dass die Verhaftung von zwei ihrer Anführer*innen eindeutig darauf abziele, das in Artikel 46 der Verfassung der Republik verankerte Recht auf friedlichen Widerstand der indigenen Völker zu kriminalisieren. „Es ist bedenklich, dass die Staatsanwaltschaft die indigenen Völker als eine kriminelle Struktur betrachtet“, sagte Ajpacajá.

Laut dem von der indigenen Organisation verlesenen Kommuniqué ist die Verhaftung der beiden eine Botschaft an die guatemaltekeische Gesellschaft, dass alle, die unter Berufung auf ihre legitimen Rechte für die Demokratie und gegen Korruption demonstrieren, verfolgt und bestraft werden können. Sie wiesen darauf hin, dass „das Ziel dieser Art von Massnahmen darin besteht, die Bevölkerung zum Schweigen zu bringen“.

“Die Völker werden sich nicht zum Schweigen bringen lassen”

Die Verhaftung von Pacheco und Chacón reihe sich ein in eine Reihe von Verfolgungen, die die MP gegen Aktivist*innen, Journalist*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und Justizbedienstete durchführt. „Die Völker werden sich

nicht zum Schweigen bringen lassen. Wir werden weiter demonstrieren, wir kämpfen weiter für unsere Rechte“, sagte Leticia Zapeta, Vizepräsidentin der 48 Kantone.

Der Vorstand der 48 Kantone forderte die sofortige Freilassung von Pacheco und Chaclán und verlangte von der Generalstaatsanwältin Consuelo Porras, die Kriminalisierung der Anführer*innen der indigenen Völker und den Strafdiskurs als Reaktion auf ihre Forderungen einzustellen. Gleichzeitig wurde der Ombudsmann für Menschenrechte, Alejandro Córdova, gebeten, über die Rechte der Völker zu wachen, die durch die Verfolgung ihrer Autoritäten verletzt werden. Sie forderten die internationale Gemeinschaft auf, ihre Stimme zu erheben und den demokratischen Kampf der indigenen Völker und der guatemalteken Gesellschaft zu begleiten, um sich nicht von diesen Akteur*innen einschüchtern zu lassen, die versuchen, die Straflosigkeit, die sie begünstigt, aufrechtzuerhalten.

Der Vizepräsident der 48 Kantone warnte, dass, wenn die MP nicht auf die Forderungen höre, „die Völker sich erheben werden“ und auf die Verabschiedung von Gesetzen drängen würden, wie z.B. die Initiative zur Reform des Gesetzes der Staatsanwaltschaft, die es dem Präsidenten der Republik erlauben würde, den Generalstaatsanwalt „aus ordnungsgemäss nachgewiesenen Gründen“ zu entlassen. (Prensa Comunitaria)

Präsident Bernardo Arévalo fordert den Kongress auf, endlich gegen Consuelo Porras und ihre MP vorzugehen

Guatemala, 23. April - Präsident Bernardo Arévalo forderte in einer Pressekonferenz am Mittwoch den Kongress auf, Massnahmen gegen die Aktionen der von Generalstaatsanwältin Consuelo Porras geleiteten Staatsanwaltschaft zu ergreifen, die er als „kriminelle politische Gruppe“ bezeichnete.

Anlass ist die Verhaftung von Luis Haroldo Pacheco Gutiérrez, dem derzeitigen Vizeminister für nachhaltige Entwicklung im Ministerium für Energie und Bergbau (MEM).

Arévalo prangerte die fortgesetzte Belästigung staatlicher Institutionen durch die MP an und bekräftigte, dass der Kongress die Möglichkeit habe, diesen Aktionen durch zwei Gesetzesinitiativen, die die Exekutive vorgelegt hat, Einhalt zu gebieten: „Abgeordnete, Sie haben es in der Hand zu verhindern, dass diese Kriminellen weiterhin ungestraft von der Staatsanwaltschaft aus agieren können! Dies ist der Moment, in dem wir alle die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und die Gerechtigkeit gegen diese Kriminellen verteidigen müssen, die in der Staatsanwaltschaft hocken“.

Ein Gesetzentwurf der Regierung

Am 6. Mai 2024 legte Präsident Arévalo einen Gesetzentwurf zur Reform des Gesetzes der Staatsanwaltschaft vor, um die Generalstaatsanwältin María Consuelo Porras aus ihrem Amt zu entfernen. Im selben Monat nahm La Hora Kontakt zu dem Abgeordneten Samuel Pérez von der Regierungspartei SEMILLA auf. Er sagte, dass der Vorschlag zur Reform des Gesetzesartikels im Präsidialamt entstanden sei. „Die Exekutive suchte nach dem rechtlich und verfassungsmässig sinnvollsten Weg, um die Situation zu verändern – und fand, dass dies die Aufgabe des Kongresses sein müsse“.

Es war jedoch nie möglich, einen Konsens zwischen den Fraktionen zu erreichen, so dass das Gesetz nicht verabschiedet werden konnte. (La Hora)

Fraktionsvorsitzende reagieren auf den Vorschlag von Arévalo zur Reform des Staatsanwaltschaft-Gesetzes

Guatemala, 24. April - Die Verhaftung von Luis Pacheco, stellvertretender Minister für Energie und Bergbau und indigener Aktivist, hat dazu geführt, dass die Exekutive und die Legislative erneut über die Reform des Gesetzes über die Staatsanwaltschaft (MP) diskutieren, und einige wenige Fraktionsvorsitzende haben ihre Unterstützung für den Antrag des Präsidenten Bernardo Arévalo bekundet. (...) Sowohl Arévalo als auch mehrere Abgeordnete legten Gesetzesinitiativen zur Änderung von Artikel 14 des Staatsanwaltschaft-Gesetzes vor, aber nur wenige Kongressabgeordnete sind bereit, diese Vorschläge zu diskutieren und weisen darauf hin, dass diese Änderung zu einer „persönlichen Angelegenheit“ zwischen dem Präsidenten und der Generalstaatsanwältin geworden sei.

Einige Parteiführer*innen vermieden es am 24. April, sich zu den Beweggründen des Präsidenten für die Änderung des MP-Gesetzes zu äussern, da sie dies für eine „heikle“ Angelegenheit hielten.

Rodrigo Pellecer (Fraktion ELEFANTE): Justizbedienstete haben eine verfassungsmässige Zeitbeschränkung

Der Vorsitzende der Fraktion ELEFANTE, Rodrigo Pellecer, erinnerte daran, dass seine Partei eine Position zu diesem Thema erarbeitet habe und der Meinung sei, dass die Institutionen gestärkt werden sollten. Allerdings müssten manche Kontexte berücksichtigt werden, wenn der Präsident zum Beispiel mit einer Person, die eine Institution leitet, nicht einverstanden sei und sie für unbequem halte, schwäche dies die Institutionen. „So wie man davon spricht, den Zeitraum zu respektieren, für den der Präsident der Republik und die Abgeordneten gewählt wurden, gilt dies auch für die Justizbediensteten, die eine verfassungsmässig festgelegte Amtszeit haben“, sagte Pellecer.

Sandra Milian (Fraktion VICTORIA): „Jede staatliche Gewalt mache ihre Arbeit“

Die Vorsitzende der Fraktion VICTORIA, Sandra Milian, wurde gefragt, ob sie die Diskussion über einen der Gesetzesentwürfe zur Änderung der Vorschriften für die Staatsanwaltschaft unterstützen würde.

„Zwischen den drei staatlichen Gewalten muss Respekt herrschen, daher kann eine Gewalt der anderen nicht vorschreiben, was sie zu tun hat. Meiner Meinung nach sollte jede staatliche Gewalt ihre Arbeit machen“, antwortete Milian.

José Chic (Fraktion VOS): Diese Gesetzesinitiative muss unbedingt diskutiert werden

Der stellvertretende Vorsitzende der Partei Entschlossenheit, Chance und Solidarität (VOS), José Chic, betonte, dass die Partei an ihrer Position festhalte, dass der Gesetzentwurf diskutiert werden müsse, um das Vertrauen der Öffentlichkeit zurückzugewinnen, da sie Fälle von selektiver Verfolgung erlebt habe.

Chic erinnerte daran, dass Arévalo vor fast einem Jahr einen Gesetzesvorschlag vorlegte, fragte sich aber, warum er den Druck nicht aufrechterhalten habe, damit der Gesetzentwurf ernsthaft diskutiert wird. „Wir müssen darüber diskutieren! Es ist eine nationale Angelegenheit, aber es ist wichtig, dass der Präsident die Führung übernimmt, die ihm zusteht. Dass er andere Dinge im Rahmen seiner Strategie zur Bekämpfung dieser Verfolgungs- und Kriminalisierungswelle endlich umsetzt“, fügte Chic hinzu.

Sonia Gutiérrez (Fraktion Winaq) sagt: „Der makabre Plan“ [von Consuelo Porras] schreite voran

Während der Plenarsitzung am 24. April betonte die Vorsitzende der Fraktion von WINAQ, Sonia Gutiérrez, dass ein „makabrer“ Plan *[von Consuelo Porras und ihren Komplizen, d.Red.]* zur Destabilisierung der staatlichen Institutionen andauere und dass der Kongress im Mittelpunkt dieser Destabilisierung stehe. Sie betonte, dass man nicht versuche, sich in die Staatsanwaltschaft einzumischen, aber es nicht versäumen werde, zu sagen, dass das Vorgehen der Ermittlungsbehörde wieder einmal selektiv sei.

Regierungsfraktion redet den Abgeordneten ins Gewissen

Der Vertreter der Regierungsfraktion, Samuel Pérez, äusserte sich am Mittwoch ebenfalls zum Vorgehen der MP und wies darauf hin, dass „wir uns mitten in der letzten Schlacht zwischen den Feinden des Landes und denen, die die Demokratie verteidigen, befinden.“ Deshalb sei an der Zeit ist, eine Entscheidung zu treffen.

"Ich möchte einen Aufruf an die Abgeordneten richten: Lasst uns dem Volk, den Wähler*innen und denen, die uns hierhergebracht haben, Aufmerksamkeit schenken, aber lasst uns darüber hinaus das Richtige tun. Dieser Kongress war kohärent und hatte den Mut und die Überzeugung, die Demokratie zu retten und dem Volk zu antworten. Wieder einmal hat der Kongress die Befreiung unseres Landes aus den Fängen der Kriminellen in der Hand, und mit dieser Reform des Gesetzes der Staatsanwaltschaft und der endgültigen Beseitigung derjenigen, die derzeit die Bevölkerung unterjochen, ist es an der Zeit, diese Entscheidung zu treffen, nicht weil es im Moment bequem ist, sondern weil es das Richtige ist, weil es das ist, was das Volk verlangt", so Pérez.

Zu den Fraktionen, die von den Erklärungen Arévalos zur Änderung des Abgeordnetengesetzes nicht überzeugt waren, gehören Vertreter*innen von CABAL und VAMOS.

CABAL wünscht sich Fortschritte in anderen Themen

Luis Aguirre, Vorsitzender der CABAL-Fraktion, forderte Arévalo auf, Gesetzesentwürfe zu den Themen Wirtschaft, Gesundheit und Strassen vorzulegen. "Er verzettelt sich weiterhin mit diesem Problem, das er mit seiner politischen Partei hat, die es nicht mehr gibt. Ich lade ihn und die Abgeordneten ein, zusammenzuarbeiten, damit wir in anderen Bereichen vorankommen. Vielleicht werden wir ja auch mal die Probleme lösen, die er persönlich hat, aber zumindest heute sind die wichtigsten Themen wirtschaftliche Themen, da diese sich auf die Geldbörsen der Menschen auswirken", fügte Aguirre hinzu.

Abgeordnete von CREO und VAMOS geben sich kritisch

Cristian Álvarez, Vorsitzender der Partei Engagement, Erneuerung und Ordnung (CREO), kommentierte die Äusserungen Arévalos mit der Bemerkung, dass alles, was dem Land nütze, diskutiert werden müsse, auch die Initiativen des Präsidenten. „Es ist aber nicht akzeptabel, wenn der Präsident vergisst, dass er auch ein staatliches Organ mit Macht ist. Er muss wichtige Entscheidungen treffen und nicht hinausgehen und sagen, schaut, was der Kongress macht. Ich habe die Botschaft verstanden, wir waren bei allen Sitzungen anwesend und diskutieren gerne die Themen, aber Präsident, du musst auch einen Schritt nach vorne machen. Und nicht alles ist die Schuld der Vorgänger*innen oder des Kongresses. Du hast viel zu tun und ich lade dich ein, dich uns anzuschliessen, um diesen Kampf voranzutreiben“, sagte Alvarez.

Schliesslich betonte der Vertreter der VAMOS-Fraktion, Víctor Valenzuela, dass der Präsident keine Befehle erteilen oder dem Kongress vorschreiben könne, wie er zu arbeiten habe. Aber er könne natürlich Gesetzesinitiativen vorschlagen. „Es ist lächerlich, denn selbst wenn wir das Gesetz reformieren könnten, was ich bezweifle, würde diese Veränderung nicht für die derzeitige Generalstaatsanwältin gelten, sondern nur für deren Nachfolger*innen, die er selbst auswählen wird“, kommentierte Valenzuela (...). (La Hora)

CSJ lehnt Antrag der MP ab, gegen Blanca Alfaro wegen zweier Straftaten zu ermitteln

Guatemala, 24. April - Der Oberste Gerichtshof (CSJ) lehnte den Antrag auf Aufhebung der Immunität ab, den die Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI) gegen die Richterin und amtierende Präsidentin des Obersten Wahltribunals (TSE), Blanca Alfaro, gestellt hatte. Sie hatte Alfaro wegen Behinderung der Strafverfolgung und Pflichtverletzung angeklagt, weil sie sich der Aushändigung der Wahlurnen mit den Wahlunterlagen 2023 widersetzt hatte.

Der Antrag der FECI wurde in limine abgelehnt, d.h. die zuständigen Richter*innen des Obersten Gerichtshofs untersuchten nicht die Begründetheit der Klage der Staatsanwaltschaft, da sie diese für unberechtigt oder politisch hielten. Bei der Vorstellung des Falles erklärte die Staatsanwaltschaft, dass die Richterin die Staatsanwält*innen während einer Razzia in der Wahlbehörde „behindert, physisch, verbal und psychologisch angegriffen“ habe, um die Kisten mit den Ergebnissen der Wahlen in diesem Jahr zu beschlagnahmen.

"Sie haben alle Kisten mit den Ergebnissen mitgenommen. Sie sagen, dass sie sie am Mittwoch zurückgeben werden, aber warum werden sie sie zurückgeben? Sie haben uns bereits verlassen. Wir wissen nicht, was sie damit machen können, und leider ist es zu dieser traurigen Situation gekommen", erklärte die Richterin Blanca Alfaro seinerzeit.

Versuchter Staatsstreich

Am 30. September 2023 führte die Staatsanwaltschaft (MP) unter der Leitung von Consuelo Porras eine mehr als 30-stündige Razzia im Sitz des Obersten Wahltribunals (TSE) in der Zone 2 der Hauptstadt durch. Blanca Alfaro und die Richter Gabriel Aguilera und Mynor Custodio versuchten, die Staatsanwaltschaft an der Mitnahme der Wahlprotokolle zu hindern, die als Beweismaterial in einer als „streng geheim“ deklarierten Untersuchung gekennzeichnet waren. Bei dieser Gelegenheit argumentierten die Richter*innen, dass sie „den Willen des Volkes“ verteidigten und sich daher gegen die Beschlagnahme der Kisten mit den Dokumenten wehrten.

Die Kisten mit dem Wahlmaterial waren in mindestens drei Pickups untergebracht. Nachdem die MP das Gebäude verlassen hatte, erlaubte Alfaro den anwesenden Medienvertreter*innen, zu dokumentieren, wie die Taschen mit den Originaldokumenten Nr. 4, die von den Wahlhelfer*innen in den Wahllokalen (JRV) am 25. Juni, dem Tag des ersten Wahlgangs, ausgefüllt worden waren, manipuliert worden waren. Und das Dokument 8, das die endgültigen Ergebnisse enthält, die von den Wahlvorständen der Departements (JEDs) überprüft und festgehalten wurden.

Alfaro prangerte an, dass die von der FECI beschlagnahmten Dokumente mit den allgemeinen Wahlen vom 25. Juni in Zusammenhang stehen und bekräftigte: „Sie haben jene Dokumente gestohlen, die die Transparenz des Wahlprozesses garantieren“. Obwohl die FECI ankündigte, die Unterlagen am darauffolgenden Mittwoch zurückzugeben, betonte die Richterin Alfaro, dass die Beweiskette bereits verletzt worden sei, was die Integrität des Beweismaterials beeinträchtigte. Infolge des Verfahrens im Zusammenhang mit dem Fall SEMILLA, mit dem die Amtsübernahme von Bernardo Arévalo und Karin Herrera verhindert werden sollte, drohen den Staatsanwält*innen und den zuständigen Richter*innen derzeit Sanktionen in Kanada, den Vereinigten Staaten und Europa. (Prensa Comunitaria)

Drei Tage Staatstrauer für verstorbenen Papst Franziskus in Guatemala-Stadt

Auch in Guatemala gedenkt man Papst Franziskus, der am 21. April im Alter von 88 Jahren gestorben ist. Am 26. April war die Beerdigung, zu der viele Staatsoberhäupter aus aller Welt nach Rom kommen werden.

Die guatemalteckische Regierung hat drei Tage Staatstrauer ausgerufen. „Wir wollen das Beileid und die Trauer der Nation, der Regierung und des Präsidenten der Republik Guatemala gegenüber dem Heiligen Stuhl und der gesamten katholischen Gemeinschaft über den Tod Seiner Heiligkeit Papst Franziskus zum Ausdruck bringen“, heisst es in der Erklärung. Die Staatstrauer wird am 21., 22. und 23. April stattfinden. Sie sieht vor, dass die Fahnen am Nationalpalast und an allen Regierungsgebäuden des Landes während des genannten Zeitraums auf Halbmast wehen müssen.

Aus Guatemala wird Kardinal Álvaro Ramazzini, Erzbischof von Huehuetenango, ab dem 7. Mai am Konklave teilnehmen und einen neuen Papst wählen. (La Hora)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion: fijate@mail.de

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle Abonnent*innen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6